

am 5. November in Frankfurt

Die DGB Jugend Hessen hat auf ihrer 10. Landesjugendkonferenz am 21. Mai 1977 in Marburg beschlossen, im Oktober einen Aktionsmonat gegen Jugendarbeitslosigkeit und für die Forderungen des DGB nach

- + Ausbildungsplätzen für alle Jugendliche, qualifizierte Berufsausbildung für alle, Finanzierung durch die Unternehmer
- + Einrichtung von außerbetrieblichen Ausbildungsplätzen,
- + Anerkennung von außerbetrieblichen Ausbildungsplätzen,
- + eine Verpflichtung von Unternehmen für ausgebildete Jugendliche entsprechende Arbeitsplätze bereitzustellen.

In dem Beschluß heißt es u.a.: "Der Kampf gegen Jugendarbeitslosigkeit muß ein Kampf gegen die Arbeitslosigkeit im allgemeinen sein. Die Arbeitslosigkeit ist ein Ergebnis und schärfster Ausdruck der Menschenfeindlichkeit der 'sozialen Marktwirtschaft' des kapitalistischen Systems." Höhepunkt der Aktionen der Gewerkschaftsjugend wird eine Demonstration am 5. November in Frankfurt/M. sein.

Die Landesschülervertretung Hessen unterstützt die Demonstration am 5. November und hat zu Aktionstagen vom 2.-4. November für das Recht auf demokratische Bildung und Ausbildung aufgerufen. Sie ruft zu "Tagen der Schülervertretung" auf und führt eine Aktionswoche vom 31.10. bis 5.11. durch. Die Schülerforderungen im heißen Herbst sind:

- + Einstellung aller arbeitslosen Lehrer in Hessen
- + 2x 6 Berufsschulstunden an zwei arbeitsfreien Tagen in der Woche - weg mit der 8:4 Verordnung,
- + Integrierte Gesamtschule als Regelschule!
- + Schülerfahrtkosten für Lehrlinge und Berufsschüler sowie für die Klassen 11 bis 13 - sofort
- + Weg mit dem Berufsverbot für Silvia Gingold und alle demokratischen Lehrer.

Da das Hochschulrahmengesetz auf ~~der~~ einer Linie mit derselben Politik liegt, die auch für die Verewigung der materiellen Misere an den Schulen und für die Verhinderung einer qualifizierten Ausbildung für die Arbeiterjugend verantwortlich ist, Da es dieselben Kräfte der Reaktion und des Großkapitals sind, ~~und~~ ~~genisierk~~ ~~die~~ gegen die das Recht auf Arbeit und Bildung an den Schulen, im Betrieb und an den Hochschulen durchgesetzt werden muß,

solidarisiert sich ~~das~~ ^{die CJK} ~~Studentenparlament~~ mit den Forderungen der DGB Jugend und der Landesschülervertretung und fordert alle Studenten zur Beteiligung an der Demonstration auf. Demonstrieren wir dort für das Recht auf Arbeit und Bildung und gegen das Hochschulrahmengesetz und seine Durchsetzung in Hessen.